



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ Fohnsdorf

Nummer 1

Oktober 1979

Regiebeitrag S 2,--

OHNE MAULKORB !

Unter diesem Motto stellen wir der Fohnsdorfer Bevölkerung unsere neue Ortszeitung vor. Auch die Vorgängerin, die Betriebszeitung "Der Fohnsdorfer Bergarbeiter", lies sich nie einen Maulkorb umhängen. Sie wurde 1945 gegründet und war bis zum Zusperrren das mutige Sprachrohr der Fohnsdorfer Knappen.

So manche Forderungen fanden die Unterstützung der Kumpel und wurden durchgesetzt. An oberster Stelle stand der Kampf gegen die Zusperrrer. Ohne Maulkorb zeigten wir die Intrigien gegen Fohnsdorf auf. Man drohte, unsere Betriebszeitung bei Gericht zu verklagen, weil wir die Zusperrrer beim Namen nannten. Viele glaubten uns nicht. Heute weiß aber jede Fohnsdorfer Frau, jeder Mann, daß wir Recht hatten.

Sie haben die Schächte zubetoniert - aber unsere Stimme können sie nicht zum Schweigen bringen!

Wir sagen es ganz offen: Das Zusperrren war eine Fehlentscheidung !

Was bringt die Zukunft? Neue Probleme, neue Arbeitsplätze, Wohnungsfragen, Gemeindeangelegenheiten, Sorgen und Forderungen - gibt es solche keine ? Wir glauben, ja !

Daher haben wir uns entschlossen, eine neue Zeitung periodisch herauszugeben. Wir werden ohne Maulkorb das aufzeigen, was andere gerne verschweigen.

Bei der Taufe entschlossen wir uns, unserer Zeitung den Namen "Glück Auf" zu geben. Dieser Name soll stets darauf hinweisen, daß in der Fohnsdorfer Arbeiterschaft der Optimismus nicht mit Beton und Schweigegeld zu töten ist.

Ortsleitung der KPÖ Fohnsdorf



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGS BLATT der KPÖ FOHNSDORF

Nummer 2

Dezember 1979

Regiebeitrag S 2,--

ES IST VOLLBRACHT !

Trostlos ist der Anblick der Schächtanlagen in Fohnsdorf. Im Wotzicky stehen der als Denkmal stehengelassene Hauptschachtförderturm und das ehemalige Maschinenhaus in Mitten einer von den Eisenerzer Caterpillern und Schubraupen plattgewalzten Stätte.

Im Karl-August-Schacht wurden alle Obertaganlagen restlos dem Erdboden gleichgemacht. Traurig strecken zu Spiralen und Knäulen zusammengeschobene Eisenstangen ihre Enden in die Höhe - sonst ist alles verschwunden.

Was untertags in den Schächten, Strecken und Verhauen dem Verfall preisgegeben wurde- darüber herrscht großes Schweigen.

Pensionisten spazieren in der Novembersonne zu den Stätten der Verwüstung. Ein ehemaliger Kumpel hat die Sprengung des großen Schornsteins beim Karl-August-Schacht fotografiert. Er zeigt die Bilder anderen Kollegen. Viele Bestellungen bekommt er - alle wollen eine Erinnerung haben. Ein alter Knappe sagt laut zu den Herumstehenden mit dem Blick auf die Trümmerstätte:"Es ist vollbracht!"

Ja, es ist vollbracht. Nachdem vor einem Jahr in Fohnsdorf der letzte Hunt mit Kohle im "Karl-August" gefördert wurde, wird nun - genau nach dem Plan der Regierung - das Schleifungskommando mit seiner Zerstörungstätigkeit fertig. Ein paar Verbliebene im "Herrenhaus" können jetzt die Meldung:"Auftrag erfüllt!" nach oben weitergeben.

Kreisky und die Zusperrer im Lager der Unternehmer und der ÖVP haben ihr Ziel endlich erreicht. Kommunisten und andere Zusperrgegner waren allein zu schwach, um die Schließung zu verhindern. So konnte einem großen verstaatlichten Betrieb der Garaus gemacht werden. Heute schon schämen sich einige örtliche Funktionäre beider Großparteien, daß sie durch ihre knieweiche Haltung mitschuldig wurden.

Nummer 4
März 1980
Regie-
beitrag
2 S

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGS BLATT der KPÖ FOHNSDORF



DEMOLIERTER BERGBAU, 2500 Arbeitsplätze verloren, leere Gemeindekassen, deprimierendes Gemeindebudget, wo für die wichtigsten öffentlichen Ausgaben fast kein Geld da ist, daneben pralle Taschen einiger Dorfkaisern, die großen Anteil am Zusperrn des Bergbaues haben, sich aber - als wäre nichts passiert - zur Wahl in den neuen Gemeinderat stellen.

So könnte man zusammenfassend die Situation bezeichnen, vor der wir traurigerweise stehen, und in der wir nun den neuen Gemeinderat wählen werden! Dem stehen 400 echte Arbeitsplätze für Fohnsdorfer gegenüber, von denen ein Teil in nächster Zeit äußerst fraglich ist. Von potenten Betrieben, das weiß jeder Fohnsdorfer, kann man fast nicht reden. Bei diesem riskanten Spiel, wo leider auch einige Fohnsdorfer kräftig die Karten gemischt haben, ist den Verlierern der Schwarze Peter geblieben!

Finanzielle Überbückerungen von Land und Bund - zur Sanierung des Gemeindebudgets großspurig versprochen - sind leider ausgeblieben.

Nach derzeitiger Lage kann man Fohnsdorf weder schöner noch sicherer machen, wie auf Wahlplakaten behauptet wird!

Schöne Wohnungen - von Großparteien angepriesen - sind sicher lobenswert. Mit den derzeitigen Löhnen und nach auslaufenden Schließungsprämien müssen diese Wohnungen aber auch bezahlt werden!

Damit Fohnsdorf wirklich schöner und bewohnbarer wird, bedarf es ehrlicher Initiativen!

Wir stellen uns daher vor, den Fohnsdorfer Eumig-Betrieb bei weiteren Schwierigkeiten in den Rahmen der Verstaatlichten einzubinden. Nur so bestünde die Möglichkeit, den Betrieb noch zu erweitern. Vom Technischen und Kaufmännischen her bestehen auch die weitausbesseren Voraussetzungen und

NUMMER 5

JULI 1980

2,- S

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGS BLATT der KPÖ FOHNSDORF

MANDA, S'ISCH ZEIT!

Für die Zukunft unserer Region !

Nachdem für die Zusperrer endlich die zwei Kamine gesprengt, der Bergbau mit Obertag fast demoliert, die Firma Wehr an die BAWAG versteigert und Eumig in der Länderbank ihren neuen Herren gefunden hat, ist eigentlich außer bangem Hoffen nur Sorge für alle übrig geblieben. Für die Gemeinde aber gibt es ernsteste Finanzsorgen, da fast alle größeren Quellen versiegt sind. Daß entscheidende Gemeindefunktionäre geschwiegen oder jetzt nach dem anfänglichen Hochjubeln von Wehr und Eumig höchstens noch rot werden, soll nie vergessen werden. Zu tief sind die Einschnitte und Folgen für jeden Gemeindebürger Fohnsdorfs. Das Geld ist rar geworden, die Löhne niedriger und das Gemeindegeld schmal. Überbrückungen für die Gemeinde von Land und Regierung sind zwar versprochen worden, eingelangt davon ist aber kein Groschen. Selbst ausstehende Beträge der ehemaligen Firma Wehr und Eumig lassen auf sich warten.

Noch leiser wurde dem Martinofen in Judenburg das Licht ausgeblasen, eine sehr bedenkliche Entwicklung ! Trotzdem werden wie damals bei uns Hoffnungen genährt - wir Fohnsdorfer kennen das!

Neben diesem Chaos brennt spärlich in Pöls ein Hoffungslichtlein. Dort baut man wahrscheinlich für einen Privatbetrieb um Milliarden für 400 Arbeiter einen modernen Betrieb, der wieder zwei Betriebe der Papierbranche umbringen wird. Schon gehabt in Fohnsdorf, könnte man sagen Nach der Fertigstellung des Fohnsdorfer Eumig-Betriebes wurde im Eumig-Konzern von 7000 auf 3000 Beschäftigte reduziert.

-Fortsetzung umseitig-

Nummer 6
Dezember 1980
2,- S

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

BARBARA 1980

Von der Judenburgerstraße - kurz nach Hetzendorf - hat man freien Blick auf Fohnsdorf, auf den großen Schlackenberg.

Ein großes Plakat, das einem am Straßenrand in die Augen springt, gibt zu denken. Da steht in großen Buchstaben der Satz:

KOHLE HAT ZUKUNFT!

Leider ist es nur Reklame für eine Ofenbaufirma.



Ein Hohn: Beim zubetonierten Bergwerk wird für Kohle geworben.

Bei uns in Österreich lachen sich die Ölfirmen ins Fäustchen, sie diktieren die Preise. Ausländische Kohle muß teuer eingeführt werden. Die Zusperrter unserer Kohlengruben schweigen, weil sie Butter am Kopf haben.

Ja es stimmt: Kohle hat Zukunft!

Auf der ganzen Welt kam man schon zu dieser Erkenntnis. Aufgelassene Bergbaue wurden in Deutschland, Frankreich und in vielen anderen Ländern wieder in Betrieb genommen.

Angesichts der Wucherpreise der Ölmagnaten und des Mangels an Energie muß wieder die Kohle zum Einsatz kommen.

NUMMER 7

Feber | März 1981

Regie-
beitrag

S 2,-

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

SAFTIGE

GEBÜHRENER HÖHUNGEN

Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wurden diese im Fohnsdorfer Budget enthaltenen Gebühren- und Tariferhöhungen mehrheitlich beschlossen.

Die KPÖ-Gemeinderäte stimmten dagegen!



Nr. 13

APRIL 1984

Preis: 3,-S

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Wir Kommunisten waren die ersten, welche die Bevölkerung informierten, daß ein Privatunternehmen beabsichtigt, im Murwald-Gemeindegebiet Fohnsdorf eine überregionale Mülldeponie zu errichten.

Wenn das gelingt, würden wir der Müllablageplatz für viele steirische Bezirke werden.

Was dies bedeutet - wo wir ohnehin schon mit größten Umweltbelastungen kämpfen - kann man sich gar nicht vorstellen.

Unsere Meinung:

Zu dieser Mülldeponie

im Murwald darf es nie kommen!! Das wird nur dann zu erreichen sein, wenn die Kommunalpolitiker in unserer Region einheitlich dagegen auftreten und die Bevölkerung in den Kampf gegen eine solche Mülldeponie mit einbeziehen.

Während das Unternehmen "Mülldeponie Halbenrain" schon monatelang dabei ist, bei den verschiedensten Behörden die notwendigen Zustimmungen zu erwirken und auch schon einiges erreicht hat, sind die Kommunalpolitiker sehr spät dagegen aufgetreten. Es ist erfreulich, daß nun endlich der Fohnsdorfer Gemeinderat einheitlich gegen die Errichtung einer solchen Mülldeponie Stellung genommen hat. Die Fohnsdorfer erwarten sich, daß die Gemeinde hier hart bleibt und alles unternimmt, daß es zu keiner solchen Mülldeponie in unserer Region kommt.

... Fortsetzung umseitig -

Juli 1984
Nr.14

Sondernummer
gratis

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Fohnsdorf hat Zukunft „Vollbeschäftigung hat Vorrang“

Diesen Slogan prägten die Fohnsdorfer Kommunisten in den 70er Jahren als die SP-Regierung daran ging, den Bergbau zuzusperren.

Nachdem diese »mutige« Tat mit Zustimmung auch der Gewerkschaftsführung und lediglich gegen den Widerstand der Kommunisten vollbracht worden war, kam man sehr bald darauf, daß diese Schließung ein großer Fehler gewesen ist. Jetzt jammert die SP herum, daß mehr als 2.000 Fohnsdorfer zur Arbeit pendeln müssen und Fohnsdorf zu einer Pensionistenstadt geworden ist. Denn das hat natürlich starke Auswirkungen auf die Gemeindeeinnahmen. Und jetzt auf einmal, nachdem die SP-Fohnsdorf selbst mitgeholfen hat, den Bergbau zu liquidieren und damit die wichtigste Lebensgrundlage für tausende in unserer Gemeinde beseitigt hat, arbeitet dieselbe SP an einem neuen Entwicklungsprogramm, das sie ausgerechnet mit dem Slogan der Kommunisten »Fohnsdorf hat Zukunft« betitelt.

Nun, wir Kommunisten sind nicht eifersüchtig, weder auf ein neuerliches Entwicklungsprogramm für Fohnsdorf noch auf die Bezeichnung desselben. Wir befürchten nur, daß dies alles wieder einmal angesichts der nahenden Gemeinderatswahlen nichts anderes als leere Parteipropaganda ist. Denn Programme wurden schon

viele versprochen. Erinnern wir uns nur an das vielgepriesene Musterprojekt Aichfeld-Murboden oder an die Privatbetriebe Wehr und Eumig. Was daraus geworden ist, wissen wir alle und das ist gerade das Jammertal der SP-Politik.

Es ist ein Horror, wenn man

sieht, wie die verstaatlichte Industrie zertrümmert oder allmählich reprivatisiert wird. Das ist der springende Punkt. Wenn man es ehrlich meint damit, daß man unseren Heimatort noch lebens- und lebenswerter machen möchte, dann geht es vor allem darum, daß wieder neue, sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir Fohnsdorfer Kommunisten wiederholen deshalb unsere Forderung, den Bergbau wieder zu öffnen und zusätzlich neue Betriebe im Rahmen der verstaatlichten Industrie in Fohnsdorf anzusiedeln. Das ist ein realistischer Weg im Interesse von uns allen.

Günther Drobesh

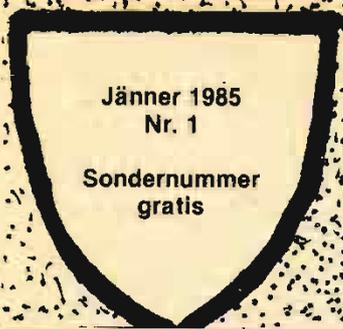


Aus der Gemeindestube

Wie wir in unserer letzten Gemeindezeitung »Glück auf« berichteten, wollte die Gemeinde »flankierende Maßnahmen« bei der Erhebung der Kanalgebühr ergreifen. Nach Protest unserer zwei Gemeinderäte und auch aus ver-

schiedenen Teilen der Bevölkerung, erklärte Bürgermeister Werfinger bei der letzten Gemeinderatssitzung am 26.6.1984, es seien in dieser Angelegenheit noch viele Ungereimtheiten. Der Wasserver-

Fortsetzung Seite 2



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

„I BLEIB DO“

„I bleib do“ in Fohnsdorf - das steht auf einem Pickerl und das möchten hier die meisten der mehr als 2.000 Arbeiter und Angestellten, die aus Fohnsdorf auspendeln müssen. Aber wo wollen sie Arbeit finden? Darauf geben die führenden Gemeindefunktionäre keine Antwort. Im neuen SP-„Zukunftsprogramm“ für Fohnsdorf wird zum „Aufbau einer gesunden Fohnsdorfer Wirtschaft“ kein einziger konkreter Vorschlag gemacht! Man redet dort vom „Fremdenverkehr“ und der „Freizeitgestaltung“! Was glauben denn unsere obersten Gemeindepolitiker wieviel von den 2.000 Pendler einen neuen Job als Kellner, Stubenmädchen, Biletteure, Parkwächter usw. finden werden, auch wenn in Fohnsdorf bedeutend mehr für den Fremdenverkehr getan wird?

Großen Widerhall und Zustimmung fanden bei der Bevölkerung von Fohnsdorf die Vorschläge der Kommunisten, die wir in einem Postwurf an alle Fohnsdorfer Haushalte geschickt haben. Fast uneingeschränkt schließt

sich die Mehrheit der Fohnsdorfer unserer Meinung an: Die Schließung unseres Bergbaues war ein Tiefschlag gegen Fohnsdorf mit Dauerwirkung. Zum Verlust von 1.000 bis 2.000 Arbeitsplätzen kommt, daß die Gemeindegasse den größten Steuerzahler und die Bevölkerung den günstigsten Brennstoff verloren hat. Die Schuldigen schweigen, die mitschuldigen Fohnsdorfer Politiker jammern, die Feinde der verstaatlichten Industrie lachen. Sie haben gesiegt und verdienen jetzt prächtig am privaten Öl- und Kohlenhandel.

Begrüßt wird von den Fohnsdorfern unser Vorschlag, in Fohnsdorf einen neuen Bergbau zu erschließen, durch den viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden und wodurch auch die ganze Region große Vorteile hätte z.B. für die VOEST-Alpine Zeltweg, wo viele Fohnsdorfer arbeiten und jetzt Personaleinschränkungen drohen. Zeltweg muß sich — laut VOEST-Plan in Zukunft auf die Erzeugung von Bergbauschneidern spezialisieren. Der Bergbau Fohnsdorf könnte vom VOEST-Alpine Werk Zeltweg mit der Bergbaueinrichtung versorgt werden und wäre für die VA Zeltweg auch ein geeigneter Testbetrieb für ihre Erzeugnisse. Die ÖDK-Zeltweg, jetzt der größte Umweltschmutzer der Region, muß — und auch das steht fest — mit einer modernen Technologie und wirksamen Umweltschutzvorrichtungen ausgerüstet

werden. Es könnte dort statt Importkohle wieder heimische Fohnsdorfer Kohle verheizt werden.

Mehrere Fohnsdorfer, die wir befragten, sind der Meinung, das neue „Energiekonzept“ der Bundesregierung in dem offiziell zugegeben wird, daß das Zusperrn der Kohlengruben falsch war und daß in ehemaligen Glanzkohlenrevieren neue Aufschließungsarbeiten durchgeführt werden sollten, berechtige zu gewissen Hoffnungen.

Gutgeheißen wird auch der Vorschlag der KPÖ, die Betriebe EUMIG und SIEMENS auszubauen und einen neuen Betrieb im Rahmen der verstaatlichten Industrie in Fohnsdorf anzuschließen.



Wir meinen allerdings, daß es in Fohnsdorf nur dann einen neuen Bergbau und einen neuen verstaatlichten Betrieb geben wird, wenn die Fohnsdorfer diese Forderung sehr stark unterstützen. Stimmen für die SP, VP oder FP bei der Gemeinderatswahl hätte die entgegengesetzte Wirkung. Die jüngsten Ereignisse in Hainburg sind da ein wichtiger Fingerzeig. Was immer man vom Sinn oder Unsinn des Kraftwerksbaues in Hainburg denken mag, eines steht fest: der Widerstand der Aubesetzer hat die Pläne der Regierung, die sie zuerst sogar mit Polizeieinsatz durchsetzen wollte, über den Haufen geworfen. Hainburg bestätigt unsere eigene Erfahrung im Aichfeld: Durch Druck und mächtige Demonstrationen kann man Forderungen durchsetzen! Gegen die Schließung des Bergbaues Fohnsdorf hatten nur die Kommunisten protestiert. Man darf jenen, die einem das Fell über die Ohren ziehen wollen, zum Dank dafür nicht auch noch die Stimme geben!

Dichtung und Wahrheit! Fohnsdorf hat Zukunft! I bleib do!

Jo das is leicht gsogt, ma braucht jo an Tschop,
hob in Fohnsdorf nix dafrogt.
Wegen dem Rohr sein Pogramm, bleib i a net daham.
Es is nur am Papier, i kann nix dafür.
I wär so gern in Fohnsdorf blicbn, doch die Alpine hat mir den Entlassungsbriaf gschriebn.
In olle Richtungen san die Knappen fort,
und wandern heut noch von Ort zu Ort.

Zwatausend Pendler frogn den Genossen Rohr,
könnst ma glei olle do bleibn,
wenn dei Sprüchl wär woahr.
„Fohnsdorf hat Zukunft“, des bleibt derzeit noch a Schmah,
für a Fohnsdorf mit Zukunft,
kämpft nur die KP.

Euer Bergmandl

März 1985
Nr. 2

Sondernummer
gratis

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Fohnsdorf braucht:

Initiative, Kontrolle, Information

Einseitige Belastungen — Mangel an Arbeitsplätzen. Den Reichen wird noch mehr gegeben.

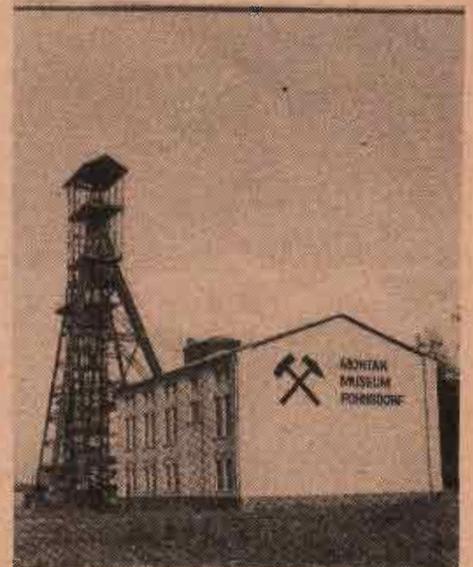
Zur bevorstehenden Gemeinderatswahl am 24. März 1985 gibt es wieder viele schöne Worte. Kommen jetzt bessere Zeiten? Das fragt man sich. Leider nicht für die einfachen Leute. Dafür sprechen die Tatsachen: Teuerung auf allen Gebieten, bescheidene Erhöhung der Löhne, Gehälter und Pensionen, die von der Lohnsteuer nahezu aufgefressen werden, Gemeindetarife und Abgaben haben ein Höchstmaß erreicht, Mangel an Arbeitsplätzen, über 2.000 Fohnsdorfer sind Pendler, davon nicht wenige Opfer der Schließung des Bergbaues.

Während die arbeitenden Menschen immer stärker belastet werden, werden die Reichen durch die ständige Umverteilung der Steuereinnahmen und durch die Profitförderung immer reicher. Die unbesteuerten Schwarzkonten werden auf fast 100 Milliarden Schilling geschätzt. Die sogenannte Wirtschaftsförderung verursacht einen jährlichen Steuerausfall von 120 Milliarden. Allein im Vorjahr haben private Unternehmungen Wertpapiere von über 18 Milliarden Schilling in ausländischer Währung angelegt. Die Schulden der Unternehmer machten Ende 1984 bereits 21 Milliarden aus.

Unsere beiden Gemeinderäte Hubert Buchmann und Adolf Diernberger haben in allen Gemeindebelangen die Anliegen der arbeitenden Menschen vertreten. Sie haben als einzige Fraktion im Gemeinderat immer gegen die explodierenden Belastungen durch die Gemeindeabgaben gestimmt.

Die gewählten Vertreter der KPÖ werden auch in den kommenden fünf Jahren, gestützt auf die Bevölkerung

- Initiativen in den Gemeinderat einbringen.
- Kontrolle ausüben und
- ihrer Informationspflicht nachkommen!



Schließung des Bergbaues: Tiefschlag mit Dauerwirkung

Durch den Verlust von mehr als 1.000 Arbeitsplätzen verlor die Gemeindekasse den größten Steuerzahler und die Bevölkerung den günstigen Brennstoff. Wie arm wäre erst die Gemeinde Fohnsdorf, wenn es nicht die Bergbaupensionisten gäbe, die einen Großteil ihres Geldes in Fohnsdorf ausgeben...

Die Schuldigen an der Schließung unseres Bergbaues schweigen. Die mitschuldigen Fohnsdorfer Spitzenpolitiker versprechen ein großartiges „Zukunftsprogramm“.

Die mit neun Mandatären im Gemeinderat vertretene ÖVP beklagt heute ebenso wie wir die Schließung unseres Bergbaues. Mit Unterstützung des Landes hätte sie ohne Zweifel etwas dagegen unternehmen können. Aber von der ÖVP gab es —so wie von der SPÖ-Mehrheitsfraktion— nicht eine einzige Aktion gegen die Schließung.

Nur wir Kommunisten haben mit all unseren Kräften für die Erhaltung des Bergbaues gekämpft, obwohl wir oft als Schwarzmalerei, Märchenerzähler und Lügner hingestellt wurden.

Juni 1985
Nr. 3

Sondernummer
gratis

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT

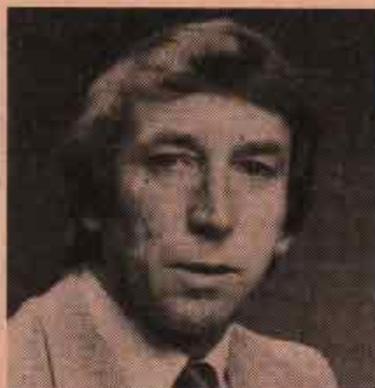
DER

KPÖ

FOHNSDORF

Aus dem Gemeinderat:

KPÖ gegen Abfangjäger und Spital-Selbstbehalt!



Gemeinderat
Günter Drobesch

In den beiden Sitzungen des Fohnsdorfer Gemeinderates am 13. Mai und 24. Juni nahmen die KPÖ Gemeinderäte zu wichtigen Fragen im Interesse der Fohnsdorfer Gemeindebürger Stellung.

In der Sitzung vor der großen Friedensdemonstration in Zeltweg forderte KPÖ Gemeinderat Drobesch den Bürgermeister und gesamten Gemeinderat auf, die Veranstaltung am 18. Mai zu unterstützen und verwies auf den Beschluß des Gemeinderates von Fohnsdorf, in dem gegen den Ankauf von Abfangjägern und deren Stationierung in Zeltweg Stellung genommen wird.

„Im Sinne dieser Resolution müssen wir auch handeln! Wir brauchen Arbeitsplätze und keine Abfangjäger“, erklärte der KPÖ Gemeinderat. Leider ließ die Mehrheit im Gemeinderat die erforderliche Initiative gegen die

Abfangjäger aus verschiedenen Gründen vermissen.

In der Sitzung am 24. Juni trat die KPÖ Fraktion für die Abschaffung des 10%igen Selbstbehaltes bei einem Spitalsaufenthalt von mitversicherten Familienangehörigen ein. Dadurch, so GR Drobesch, werden gerade wieder die sozial Schwächsten, Familien mit Kindern bzw. wo die Frau nicht berufstätig sein kann, getroffen. 42 Jahre konnten die 10% für Mitversicherte vom Sozialhilfverband getragen werden, es besteht auch jetzt keine Notwendigkeit, die Familien zusätzlich zu belasten. Immerhin müssen für die ersten 28 Tage Spitalsaufenthalt jetzt S 73,- pro Tag selbst bezahlt werden.

Die KPÖ verlangte, daß der Fohnsdorfer Gemeinderat an den Sozialhilfverband mit der Anforderung herantritt, daß dieser die 10% wie bis vor kurzem, wieder bezahlt.

Aus gegebenem Anlaß verlangte die KPÖ Fraktion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, daß Fragen von Vergaben an Förderungen und Unterstützungen für Fohnsdorfer Betriebe und Unternehmungen in der öffentlichen Sitzung behandelt werden.

Die Gemeindebürger und Steuerzahler haben ein Recht zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht, ist der Standpunkt der Kommunisten. Immerhin geht es um hohe Beträge.

SCHWEDEN

BOMBER

ZUVIEL

24



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Fohnsdorfer KPÖ Gemeinderäte fordern Solidarität mit dem Gußstahlwerk

Mit der Aufforderung, der Fohnsdorfer Gemeinderat möge sich mit dem Kampf der Judenburger gegen das Zusperrern des Walzwerkes solidarisieren, wandten sich die KPÖ-Gemeinderäte Drobesch und Dirnberger an den Bürgermeister von Fohnsdorf Franz Werfinger. Das Schreiben beginnt mit der Feststellung, daß „die unterzeichneten Fohnsdorfer KPÖ-Gemeinderäte als ehemalige Fohnsdorfer Bergarbeiter jahrelang hautnah miterlebt haben, mit welchen raffinierten Methoden und Mitteln die Zusperrern verstaatlichter Betriebe zu Werke gehen, was von ihren Versprechungen zu halten ist und wie katastrophal sich das Fehlen der Solidarität anderer Betriebe, der Gewerkschaft und von Nachbargemeinden auf die Betroffenen auswirkt. Daraus müssen wir jetzt, da der Generalangriff auf die verstaatlichte Industrie begonnen hat, Lehren ziehen.“

Der Bürgermeister behauptete, seine Fraktion habe bereits ein

Schreiben an den Judenburger Betriebsrat geschickt. Im übrigen

sollte man das neue Team an der Spitze der VOEST-Alpine in Ruhe am Konzept „VOEST 2000“ arbeiten lassen.

Gemeinderat Drobesch bedauerte, daß sich die Mehrheit des Gemeinderates zu keinem Solidaritätsbeschuß für Judenburg aufrufen konnte. Diese Haltung entspräche nicht dem Appell des Judenburger Bürgermeisters, der sich mit dem Ersuchen um Solidarität an die Öffentlichkeit gewandt habe und nicht dem Beschuß des ÖGB-Bezirksausschusses, der eine Solidaritätskonferenz des Bezirkes einberufen hat.

Am Beginn verlas Bürgermeister Werfinger den Brief der KPÖ-Gemeinderäte, in dem es heißt:

Pöls: Rechtzeitig gewarnt

In der in der letzten Gemeinderatssitzung von den KPÖ-Gemeinderäten ausgelösten Debatte über regionale Arbeitsplatzfragen, warfen einige SP-Mandatare der KPÖ vor, sie kümmere sich nur um das Gußstahlwerk, nicht aber um Pöls.

Über Pöls reden heißt, die Feststellung zu treffen, daß die Kommunisten dieses Debakel schon im Stadium der Projektierung des Neubaus der Zellulosefabrik vorausgesagt und Alternativvorschläge unterbreitet haben, die geeignet waren, die riesigen Schwierigkeiten der Pölscher Fabrik zu vermeiden.

Die KPÖ forderte im Jahre 1978 in ihrem „Obersteirischen Regionalkonzept“:

1. Statt eine reine und hauptsächlich exportorientierte Zellstofffabrik zu bauen, eine integrierte Zellstoff-Papierfabrik zu errichten.
2. Statt eine unsichere ausländische Mehrheitsbeteiligung forderten wir eine österreichische Aktienmehrheit durch die öffentliche Hand und die Verstaatlichung des Betriebes und wir kritisierten die geringe Ei-

genmittelzufuhr durch den italienischen Burgo-Konzern.

Wir haben rechtzeitig gewarnt, daß die Übernahme Klausel für den Zellstoff durch den Burgo-Konzern zu Weltmarktpreisen angesichts der Überseekonkurrenz für Pöls eine tödliche Falle sein wird.

Die jüngste Entwicklung der Papier- und Zellstofffabriken in Österreich beweist, daß nur die von uns auch für Pöls vorgeschlagene Variante einer integrierten Zellstoff-Papierfabrik positiv bilanzieren, die reinen Zellstofffabriken stecken alle im Defizit.

Wir Kommunisten haben also nicht nur in Bezug auf den Bergbau Fohnsdorf und das Gußstahlwerk sowie auf das VA-Werk Zeltweg recht behalten, sondern auch in Bezug auf Pöls.

Wir Kommunisten sind nicht klüger als SP- oder VP-Politiker. Der Unterschied besteht darin, daß wir von österreichischen Interessen ausgehen, nie aber von den Interessen des in- und ausländischen Monopolkapitals, was die SP-Regierung leider tut.

„Der VOEST-Alpine-Konzern soll zerschlagen, die steirischen Betriebe sollen ausgegliedert, das Walzwerk Judenburg, der Hochofen Donawitz soll stillgelegt und Zeltweg geschrumpft und zerlegt werden. Wieder einmal ist das schwerkgeprüfte Gußstahlwerk zum ersten Opfer auserkoren. Der ÖGB-Bezirksausschuß Judenburg hat gegen die Schließung des Walzwerkes protestiert und Kampfmaßnahmen angekündigt, unter anderem wurde eine regionale Solidaritätskonferenz einberufen. Der für 18. Dezember vorgesehene Termin mußte wegen des Wechsels an der Konzernspitze verschoben werden. Die Pläne zur Zerschlagung der VOEST-Alpine stammen jedoch nicht vom alten

Fortsetzung Seite 3

GLÜCK-AUF

Nummer 1
März 1986

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Konzept VA 2000:

Auch für Fohnsdorf wichtig

Am 16. Jänner haben mehr als 15.000 Menschen an einer Großdemonstration in Leoben für die Erhaltung und den Ausbau der verstaatlichten Industrie teilgenommen. Diese Massendemonstration stand ganz im Zeichen gegen die Zusperr- und Schrumpfungspolitik, gegen Privatisierungen der Verstaatlichten und Einschränkungen der Sozialleistungen. Große Teile der Bevölkerung sind nicht mehr bereit die zwischen SP und VP ausgepackelte Zusperrpolitik hinzunehmen. Auch der Fohnsdorfer Bergbau ist auf diese Weise unter die Räder gekommen.

Die KPÖ Fohnsdorf hat diese machtvolle Kundgebung aktiv unterstützt, weil wir Fohnsdorfer am eigenen Leib gespürt haben, was es heißt, wenn ein Betrieb nach dem anderen zugesperrt wird. Es ist höchste Zeit, daß sich die gesamte betroffene Region gegen die weiteren Zusperrpläne richtet und sich nicht gegeneinander ausspielen läßt.

Jetzt Einfluß nehmen!

Nachdem Minister Lacina und NR Fauland in der Kundgebung am 16. Jänner unter dem Druck der Massenbewegung schöne Versprechungen abgegeben haben, wurde nun ein neues ÖIAG-Gesetz aus der Taufe gehoben, welches

für unsere gesamte Region ein neues Alarmzeichen bedeutet. Danach und auch im Konzept 2000 der VOEST-Alpine sollen sozial- und regionalpolitische Notwendigkeiten keine Berücksichtigung mehr finden. Fauland und Lacina haben dem zugestimmt und stehen damit im direkten Widerspruch zu ihren Versprechungen am 16. Jänner in Leoben.

Der neue VA Vorstand, an der Spitze der neue Generaldirektor Lewinsky, basteln nun am neuen Konzept, welches nach bisherigen Aussagen befürchten läßt, daß es nichts anderes als ein neues Schrumpfungs- und Zusperrkonzept wird.

Die SP und VP Mandatäre legen nun die Hände in den Schoß und wollen warten bis dieses neue Konzept auf den Tisch gelegt wird.

Die Betriebsräte des GLB und die KPÖ verlangen, daß die Belegschaftsvertretungen und Regionalpolitiker schon bei der Konzeptarbeit mit einbezogen werden. Jetzt müssen wir Einfluß nehmen, jetzt dürfen wir keine Ruhe geben. Wir fordern eine Ausbaukonzept und lehnen jede weitere Schrumpfung und Betriebsstillegung entschieden ab. Jetzt geht es um die Wurst für die gesamte Region — auch für unseren Bezirk.

- Wir verlangen die Eröffnung eines neuen Bergbaues im Aichfeld.
- Wir treten für die Errichtung eines neuen Stellwerkes im Gußstahlwerk (Plasmastahlverfahren) ein.

GIWOG—Wohnungen:

Recht der Mieter mit Füßen getreten!

Vor ungefähr sieben Monaten stimmten SP- und VP-Betriebsräte einer ungesetzlichen Betriebskostenerhöhung von S 1,50 pro m² und ab 1. Jänner 1986 noch einmal um S 1,- pro m² bei den alten Werkswohnungen zu.

Der GLB stimmte dagegen und wies nach, daß der Betriebsrat gar kein Recht hatte, dieser Erhöhung zuzustimmen und daß die GIWOG auch kein Recht hatte, diese Erhöhung ohne Zustimmung der Mieter durchzuführen. Mit Flugblättern und einer Mieterversammlung, bei der Rechtsanwalt Dr. Walter Silbermayr über die Rechtslage Auskunft gab, wurden die Mieter aufgeklärt, daß sie im Recht sind, wenn sie die Betriebskostenerhöhung nicht akzeptieren.

Ein erheblicher Teil der Mieter war und ist nicht bereit, diese ungesetzliche Erhöhung zu bezahlen!

Die GIWOG mußte uns recht geben, aber sie ließ bei den GIWOG-Mieterversammlungen auf die Mieter Druck ausüben und agierte mit Argumenten, die den Tatsachen nicht entsprechen, z. B. daß das Defizit der VOEST-Alpine auch deshalb zustandekomme, weil nicht die vollen Betriebskosten bezahlt würden.

Man fordert selbst 70- bis 80-jährige Menschen auf, sich in der Werksdirektion Zeltweg zu melden, wenn sie nicht bereit sind, die Erhöhungen zu bezahlen. Bei ganz hartnäckigen „Nichtzahlern“ kommt sogar der Wohnungsverwalter in die Wohnung, oder der Mieter



Nummer 2
Juni 1986

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF



Als andere Zeitungen und auch wir berichteten, daß Knittelfeld ein Atombombenziel ist, hat dies wohl wenige berührt. Nach Tschernobyl schaut vielleicht doch alles anders aus. Atomkraftwerke, Atombom-

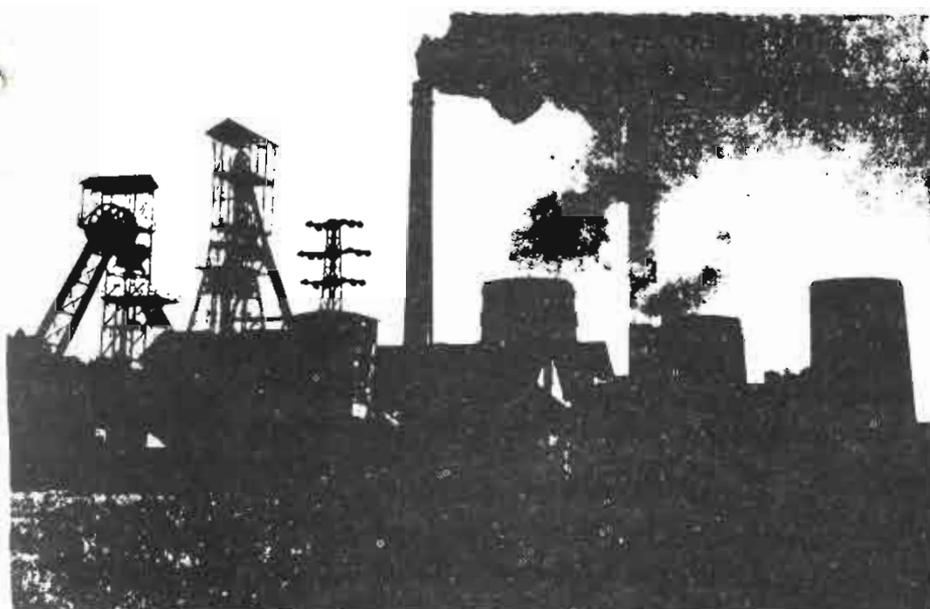
benversuche, Atombomben, Raketenstationierung, Rüstungsaufbau für den "Krieg der Sterne" - das alles geht uns unmittelbar etwas an, bedroht unser Leben, unsere Sicherheit!

Nummer 3
Juni 1986

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

NICHTS VERSCHWEIGEN UND VERGESSEN!



Liebevoll ist der ehrwürdige Förderturm des ehemaligen Wodizky-Schachtes entrostet und hergerichtet worden. Wir freuen uns! Großzügigerweise hat die GKB dieses Wahrzeichen von Fohnsdorf für uns stehen gelassen.

Es soll stets an den Unsinn erinnern, den sich Politiker einfallen lassen - den Bergbau Fohnsdorf zu schließen. Der Glaube an Öl und Atomkraft, die langjährige Sabotage gegen den Kohlenbergbau vereinigte SP, VP und FP - jede Partei auf ihre Art - gegen unseren Bergbau.

Nur die KPÖ kämpfte gegen die Zusperrer, leider ohne Massenunterstützung! Fohnsdorf hat heute EUMIG, SIEMENS und das Umschulungszentrum. Sollten wir deshalb zum Bergbau schweigen und die gute Kohle vergessen? Heute sagen viele Menschen unserer Region: Schade um die gute Kohle, schade um die 1.200 Arbeitsplätze. Die Arbeitsplätze sind weg, die Kohle ist noch da. 20 Millionen abbauwürdige Kohlenlagerstätten im oberen Aichfeld sind montanistisch erforscht.

Zuerst wurde der Bergbau Fohnsdorf geschlossen, dann das Gußstahlwerk in Judenburg halbiert, nun ist man dabei durch die Schließung des Walzwerkes noch einmal 450 Arbeitsplätze abzubauen und im VOEST-Alpine Werk Zeltweg sollen 200 Arbeiter und Angestellte gekündigt werden.

Die Zeit wäre daher reif, den begangenen Fehler gutzumachen. Die Neuaufschließung dieser heimischen Energiequelle wäre für die ganze Region von größtem Nutzen. Hunderte neue Arbeitsplätze würden geschaffen. Zeltweg könnte alle Fördermittel herstellen und die ÖDK käme günstig zum Brennstoff.

Ist so ein Plan machbar?

Ja, seine Verwirklichung hängt ausschließlich von den maßgeblichen Politikern ab. Bei den kommenden Landtagswahlen kann jeder denkende Fohnsdorfer als Protest den Versagern in allen drei Zusperrparteien die richtige Antwort geben. Jede KPÖ-Stimme mahnt.

Nummer 4
November 1986

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Entwicklung bestätigt die Warnungen der KPÖ:

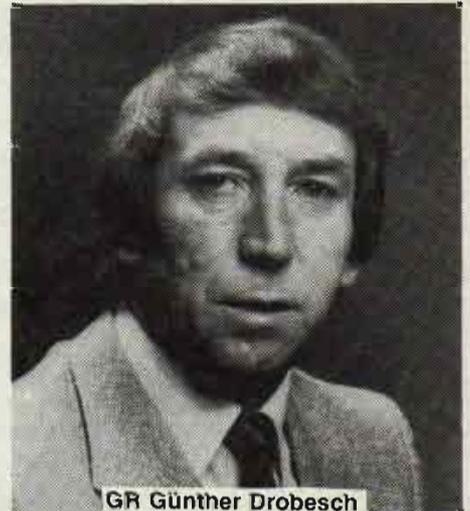
Aichfeld: Bombenziel Nr. 1

Die Landeübung des Bundesheeres auf der Murtal-Schnellstraße gleich neben dem Flughafen Zeltweg beweist, daß mit der Stationierung der Abfangjäger und nach dem Bau der 1.400 Meter langen Ersatzpiste auf der Schnellstraße der Raum Zeltweg Angriffspunkt Nummer eins in einem Kriegsfall wäre. Der Raum Zeltweg soll nicht nur durch die Stationierung der Draken belastet werden, die Murtal-Schnellstraße ist auch als Übungszentrum für Straßenlandungen der Düsenjäger vorgesehen. Darüberhinaus sind die Verhandlungen über eine Verlängerung der Landebahn in Richtung Fohnsdorf schon ganz konkret. Dem entgegen steht das Versprechen des ehemaligen Verteidigungsministers, die Startbahn werde nicht verlängert. Dieses Versprechen wird nicht zu halten sein, meinen die Militärs. Der neue Bundeskanzler ist erst jüngst ganz entschieden für die Durchziehung der Abfangjägerstationierung eingetreten.

KPÖ-Gemeinderat Günther Drobesch: „Die neueste Entwicklung bestätigt die Warnungen der Kommunisten. Wir haben den Menschen immer wieder gesagt: Wenn die Draken hier stationiert werden, dann müssen sie zur Kenntnis nehmen, daß das Aichfeld zur Abfang-

jägerregion und zum Angriffsziel Nummer eins wird. In aller Stille haben das Verteidigungsministerium und die ÖVP, die sonst immer so stark gegen die Draken aufgetreten ist, dazu beigetragen, daß diese Gefahr auch noch erhöht wird.

Freund und Feind wissen jetzt, daß es diese Landebahn im Bereich des Flughafens Zeltweg gibt. In Österreich wurden 25 Straßensegmente für diesen Zweck vorgesehen. Aber nur die Notlandebahn in Zeltweg hat man der Öffentlichkeit bekanntgegeben, die anderen bleiben geheim. Damit lädt man mög-



GR Günther Drobesch

che Angreifer geradezu ein, unsere Region zu bombardieren, nicht nur den Flughafen, sondern auch die Straße.

Und noch etwas: Auf der einen Seite will man den Fremdenverkehr ausbauen, um einen gewissen Ersatz für Arbeitsplätze zu schaffen, die in der Industrie verlorengehen. Auf der anderen Seite muß jeder Feriengast in unserer Region jetzt damit rechnen, daß die Schnellstraße irgendwann ein-

Am Beispiel des Aichfelds: Verstaatlichung ist besser!

von Gemeinderat Adi Dirnberger

Anlässlich der Überreichung des Staatswappens an den Bauknecht-Nachfolgebetrieb Austria-Antriebstechnik wurde bekannt, daß der von der staatlichen Pleiteholding übernommene Betrieb noch im November den Weg an die Börse antreten wird. Der Betrieb wird durch die Ausgabe von „jungen“ Aktien an Private in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Dies bedeutet eine Teilprivatisierung eines de facto verstaatlichten Betriebes.

Das Aichfeld war schon in den 70er Jahren ein Experimentierfeld für folgenden Tausch: Gebe poten-

te verstaatlichte Betriebe (Bergbau Fohnsdorf und Gußstahlwerk Ju-

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 2



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Bürgerinitiative: Blockade beim Aufstieg des ersten Draken!

Obwohl die Untersuchungsergebnisse über die Ursachen des Draken-Absturzes und damit des Todes des Bundesheerpiloten Wolf noch ausstehen, obwohl noch eine Parlamentsdebatte über das Abfangjägerproblem aussteht, und obwohl der Landeshygieniker Universitätsprofessor Dr. Möse seine Umweltverträglichkeitsprüfung erst am 26. Februar vorlegen wird, ist der neue Verteidigungsminister Lichal voll dabei, die Draken-Frage im Sinne des Bundesheeres durchzuziehen.

So kündigte er bereits an, daß die ersten acht Draken nach Österreich kommen werden. Die dafür notwendigen Umbauten am Flughafen Zeltweg sind ebenfalls voll im Gange.

Mit dem Koalitionspakt wird ein Demokratisierungsschub verspro-

chen, doch das Draken-Dilemma zeigt, daß sie die Sorgen, Wünsche und Ängste der Bürger in keinem Fall berücksichtigen wollen. Um jede Protesthandlung der Bürger überwachen zu können, werden schon zu kleinen Veranstaltungen der Bürgerinitiative Staatspolizisten geschickt.

Wenn die zuständigen Politiker,

die so viel gegen die Drakenstationierung zu tun versprochen, nicht aktiv werden, wird die Bürgerinitiative die Menschen wiederum zu Protestaktionen — und wenn es sein muß zu einer Blockade — beim Eintreffen der ersten Abfangjäger aufrufen müssen. Das wäre eine demokratische Notwehr.

Umweltgutachten: Die Aichfelder müssten ausgesiedelt werden

Landeshygieniker Professor Josef Möse hat sein Umweltverträglichkeitsgutachten zum „Draken“ fertiggestellt. Erste traurige Zwischenbilanz: 250.000 Bewohner von Graz und weitere 200.000 in der Re-

gion Aichfeld-Murboden würden gut daran tun, den Wohnsitz zu wechseln? Dazu darf es nicht kommen!

Das Gutachten liest sich wie ein „Horrorroman“ und läßt einem die Haare zu Berge stehen. Sollten die Abfangjäger wirklich, wie es der neue Verteidigungsminister Robert Lichal für Mitte September angekündigt hat, in der Steiermark stationiert werden, können sich nur noch Ohrenärzte und Spitäler freuen. Die errechnete Lärmbelastung ergibt 110 Dezibel. Diese Zahl entspricht dem Geräusch, das 1.500 Mopeds mit Vollgas im Pulk entwickeln. Der von Möse in seinem Gutachten ausgeworfene Höchstwert von 115 Dezibel wird erreicht.

Die Wissenschaft aber bezeichnet schon Werte ab 100 Dezibel als gesundheitsschädlich.

Fortsetzung auf Seite 2



Nr. 6 Juni 1987

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Schöffel ließ roden!

KPÖ-Fohnsdorf: Schärfster Protest gegen Umweltzerstörung

Der steirische Müllmulti Schöffel spürt Oberwasser. Kürzlich ließ er die Schlägerungsarbeiten für die Mülldeponie im Murwald durchführen.

Im Gemeindeamt Fohnsdorf zeigte man sich informiert über die Rodungsarbeiten auf mehreren Hektar Grund.

KPÖ-Gemeinderat Günther Drobesch lehnte diesen Vandalenakt entschieden ab und protestierte dagegen, daß sich Schöffel damit über die Anrainer und alle Umweltbedenken hinwegsetzt, um aus Dreck Geld zu machen. Auch auf einer Aussprache zwischen dem Fohnsdorfer Gemeindevorstand und Schöffel am 14. Mai hatte Drobesch als KPÖ-Fraktionsführer diese Haltung vertreten. Diese Mülldeponie im Murwald ist unkontrollierbar; es kann nicht sichergestellt werden, daß dort nicht auch Sondermüll gelagert wird. Außerdem will der Privatunternehmer den Preis bestimmen. Laut seinen eigenen Aussagen würden sich die Müllgebühren in Fohnsdorf mindestens verdreifachen!

Wie in Halbenrain, hat Schöffel nun auch im Murwald die Anrainer vor vollendete Tatsachen gestellt und mit den Rodungen begonnen. Er kann sich dabei auf Bescheide stützen.

Der Plan für die Mülldeponie sieht ein Ausmaß von elf Hektar

vor. Dafür soll eine kostbare Waldfläche geopfert werden. 25 Jahre lang soll Müll aus dem Großraum Leoben, aber auch zum Teil aus Graz, bis zu einer Höhe von dreißig Metern gelagert werden. Die Gefährdung für den Grundwasserspiegel und die Umwelt ist nicht abzusehen!

Schöffel selbst gab bei der Aussprache an, daß er darauf verzichtet, die Deponie mit einer Kunststoff-Folie abzudichten.

Gefährliche Geschäftemacherei

Gemeinderat Günther Drobesch: „Wir lehnen diese gefährli-

che Geschäftemacherei ab. Weil aber das Müllproblem mit Ausnahme von Knittelfeld in unserer Region nicht gelöst ist, die Mülldeponien für Fohnsdorf und Judenburg vor dem Vollwerden stehen und noch kein Grund für eine neue Deponie gefunden wurde, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Gemeinden zwar gegen die Errichtung der privaten Deponie im Murwald protestieren, aber auf der anderen Seite darauf spekulieren, dort ihren Müll lagern zu können.

Schöffel selbst sagte auf der Besprechung, daß Altbürgermeister Werfinger seinen Plänen im Murwald „wohlwollend gegenüberstanden“ sei.



Im Aichfeld sollen die Draken stationiert werden. Jetzt kommt in Fohnsdorf eine neuerliche Belastung dazu. Der Müllmulti Schöffel begann mit den Schlägerungsarbeiten für die Murwalddeponie. KPÖ-GR Günther Drobesch lehnt diesen Anschlag auf die Umwelt entschieden ab.



GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

MÜLLDEPONIE IM MURWALD



In den ersten Stunden der Besetzung

Seit 1. Juli wird von der Bevölkerung der Bau einer Mülldeponie im Murwald blockiert. Diese "Bewachungsaktion" findet Tag und Nacht statt und wird von einer breiten Bevölkerungsschicht unterstützt.

"Gemma Mülldeponie schau" - wurde ein Slogan für viele, die wissen wollen, was für ein Anschlag auf ihre Gesundheit geplant ist. Auch Pfarrer Haas unterstützte die Bemühungen der Bevölkerung durch das Zelebrieren einer Messe im Murwald.

, Fortsetzung umseitig

Nr. 8 Oktober 1987

GLÜCK-AUF

MITTEILUNGSBLATT DER KPÖ FOHNSDORF

Schulungszentrum Fohnsdorf

Weg mit der "Freunderwirtschaft"

Auf Grund der Schwierigkeiten in den Betrieben ist dieses Schulungszentrum immer notwendiger. Nachdem die Umschulung von den Arbeitern und Angestellten selbst durch ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt wird, haben sie auch ein Recht, diesen Betrieb kritisch zu betrachten.

Geschult und umgeschult sollte vor allem für gute Fachkräfte der österreichischen Wirtschaft werden. Wenn jedoch immer öfter Vertreter z.B. aus der BRD kommen und gute Fachkräfte abwerben, ist das ein Ausverkauf Österreichs als Industrienation. Die Frage ist auch: Wer informiert die Firmenvertreter der BRD, daß es hier gute Fachkräfte abzuwerben gibt, und wer läßt sie in das Schulungszentrum? Sind es die gleichen Kräfte, die am Ruin der Verlichteten interessiert sind? Sind es die Nutznießer eines Anschlusses Österreichs an die EG?

Durch das Belastungspaket der Regierung, die den EG-Anschluß betreibt, wird auch auf Kosten der Arbeitssuchenden gespart. Wir lehnen ein Sparen auf Kosten jener ab, die ohnehin schon durch die kapitalistische Wirtschaftskrise betroffen sind! Und noch etwas: Wir sind natürlich auch fürs Sparen. Man sollte gerade beim Schulungszentrum solche Fachkräfte einsetzen, die schon jahrelang auf eine Anstellung warten und nicht jene, die ohnehin schon eine Pension beziehen oder anderwärts einen gutbezahlten Posten bekleiden. Gerade das Schulungszentrum sollte nicht eine Quelle eines guten Nebenverdienstes sein. Wie sollen die jungen Menschen Vertrauen zur Politik bekommen, wenn sie diese „Parteien- und Freunderwirtschaft“ sehen?



Industriefriedhöfe drohen

Jetzt will die ÖIAG im Auftrag der Bundesregierung den gesamten verstaatlichten Sektor zerschlagen und zur Bedeutungslosigkeit degradieren. Das neue Konzept sieht die Liquidierung der VOEST-Alpine und der VEW vor; weitere 20.000 bis 25.000 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden. Die steirischen Standorte Eisenerz, Judenburg und Mürzzuschlag kommen endgültig unter die Räder, Massenkündigungen in Donawitz, Kapfenberg und Zeltweg sind geplant. Die neuen Branchenholdings müssen die alten Schulden der aufgelösten Konzerne übernehmen, womit über ihnen schon von Anfang an die Zusperrdrohung schwebt. Die vorprogrammierte „Endlösung“ der Verstaatlichung würde die Obersteiermark endgültig in einen Industriefriedhof verwandeln.

Bei der totalen Zerschlagung des VOEST-Alpine-Konzerns und des gesamten Sektors der verstaatlichten Industrie geht die große Koalition davon aus, daß auf diese Weise Schrumpfung, Liquidierung und Privatisierung besser durchgesetzt

werden können. Durch die mit der Zerstückelung verbundene Aufspaltung der Belegschaften hoffen Regierung und Konzernspitze, einen gemeinsamen solidarischen Widerstand verhindern zu können.

Fortsetzung Seite 4



Glück-auf

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

An einen Haushalt, P.b.b. Verlagspostamt 8753 Fohnsdorf



Vom **INDUSTRIE GEBIET**

zur

MÜLL REGION

?

Bericht Seite 2

Aus dem Inhalt:

Sparen, sparen, ...

Lebensqualität

Pensionsrücklagen

GIWOG-Verkauf

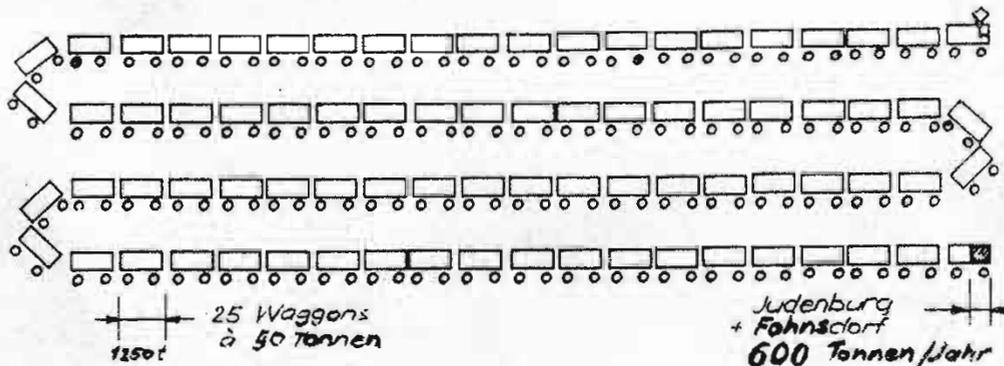


Glück-auf

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

An einen Haushalt, P.b.b. Verlagspostamt 8753 Fohnsdorf

Klärschlamm - Naßoxidationsanlage Unterschriften-Aktion erfolgreich gestartet



Klärschlammzulleferung: 100.000 Tonnen/ Jahr

Die "Aichfelder Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Klärschlamm-naßoxidationsanlage", bestehend aus Angehörigen aller im Fohnsdorfer Gemeinderat vertretenen Fraktionen und parteilosen Bürgern startete kürzlich in Fohnsdorf eine Unterschriftenaktion, die sich an die politischen Mandatäre wendet, um alle Schritte in die Wege zu leiten, diese Anlage zu verhindern.

Die starke Ablehnung des fragwürdigen Großprojektes (750 Millionen oder mehr) - wir berichteten - durch die Bevölkerung betrachten wir als ersten Schritt des Erfolges unserer Initiative in Sachen Aufklärung über die (wahren) Vorhaben der Betreiber. Die Stadtwerke Judenburg bzw. Mannesmann Anlagenbau haben es nämlich Ende Februar 1996 erstmal für der Mühe wert gefunden, wenigstens die Gemeinderäte der an Judenburg anrainenden Gemeinden über diese Mammutanlage zu informieren, obwohl das geplante Vorhaben bereits seit vier (!) Jahren in involvierten Politikerkreisen im Gespräch ist. Bei dieser Information hatte selbst die Presse keinen Zutritt.

Wir fühlen uns in unserem Auftrag bestärkt, durch Aufklärung und Unterschriftenaktionen in der Region weitere Mitstreiter für die Verhinderung dieser Anlage in unserem schwer belasteten Aichfeld zu gewinnen.

Nummer 58
Juli
1996

GLÜCK-AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

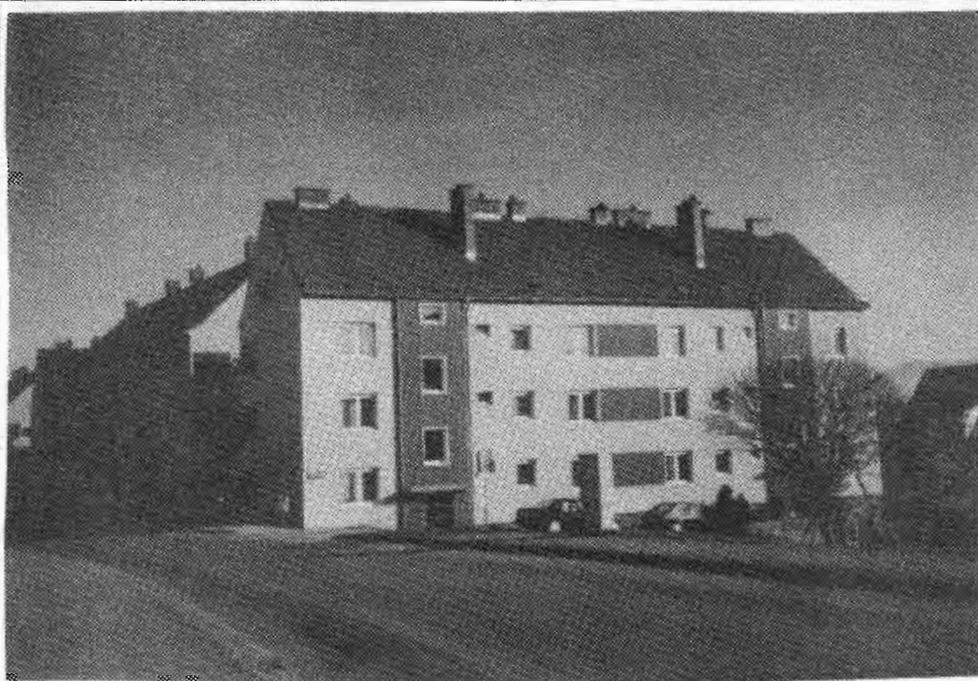
Klärschlamm-Naßoxidationsanlage Erster Erfolg für Bürgerinitiative

Seite 3

GIWOG-

Noch im
Eigentum
verbliebene
Wohnungen
und
Grund-
stücke
in
Fohnsdorf
sollen an
Private
verkauft
werden!

Seite 2



Regionalförderung:

Sind die Obersteirer
Menschen 2. Klasse?

Seite 4

Kapitalismus pur:

Lehrstellen werden zum
modernen Sklavenmarkt

Seite 7

Was hat uns die EU bisher gebracht?!

Seite 5

Nummer 59
Oktober
1996

GLÜCK-AUF

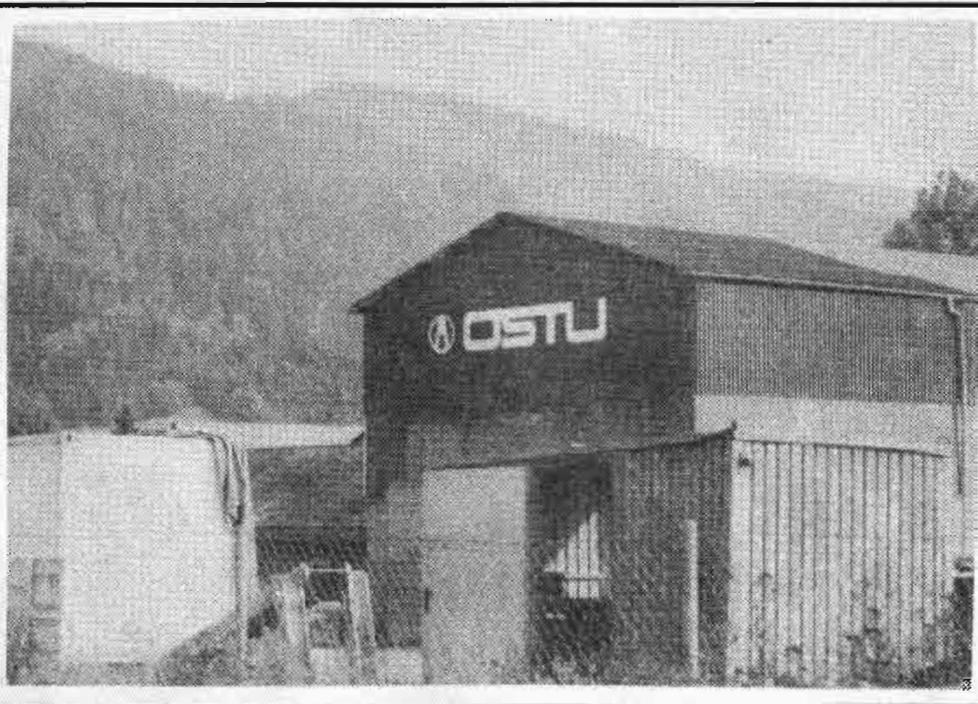
Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

ÖSTU-Stettin: Dringlichkeitsantrag an den Gemeinderat

Seite 2

Die "Firma":

Teilweise
Schließung
und
Verlagerung
nach
Leoben
geplant!



Obersteiermark:
Krisenverordnung
wieder
einführen!

Klärschlamm-
Naßoxidation

Endspurt
EU-Wahlkampf

Ausverkauf
Österreichs
geht munter
weiter!

Leserbriefe

Kinderfest

KPÖ - Liste 8

Für den Austritt aus der EU

Nummer 61
März
1997

GLÜCK-AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

NEIN zum Rechnungsabschluß

Seite 4 und 5

Siemens - Lehrwerkstätte - "Lehrlingsmisere ohne Ende"

Es ist positiv, daß auf Antrag der SP-Fraktion bei der letzten Gemeinderatswahl eine Resolution für den Weiterbestand der Lehrwerkstätte bei EFZ Siemens verabschiedet worden ist.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Verstaatlichte mit Hilfe der Sozialdemokratie privatisiert wurde. Eine der Folgen war die Schließung praktisch aller Lehrwerkstätten in unserer Region. Allein in Zeltweg wurden in einem Jahrgang bis zu 100 Lehrlinge ausgebildet!



Politikerbezüge und Verantwortung

Seite 3

Wahrheit über Arbeitslosenzahlen

Seite 6

Bergarbeiterversicherung - Minister-Reaktion

Seite 6

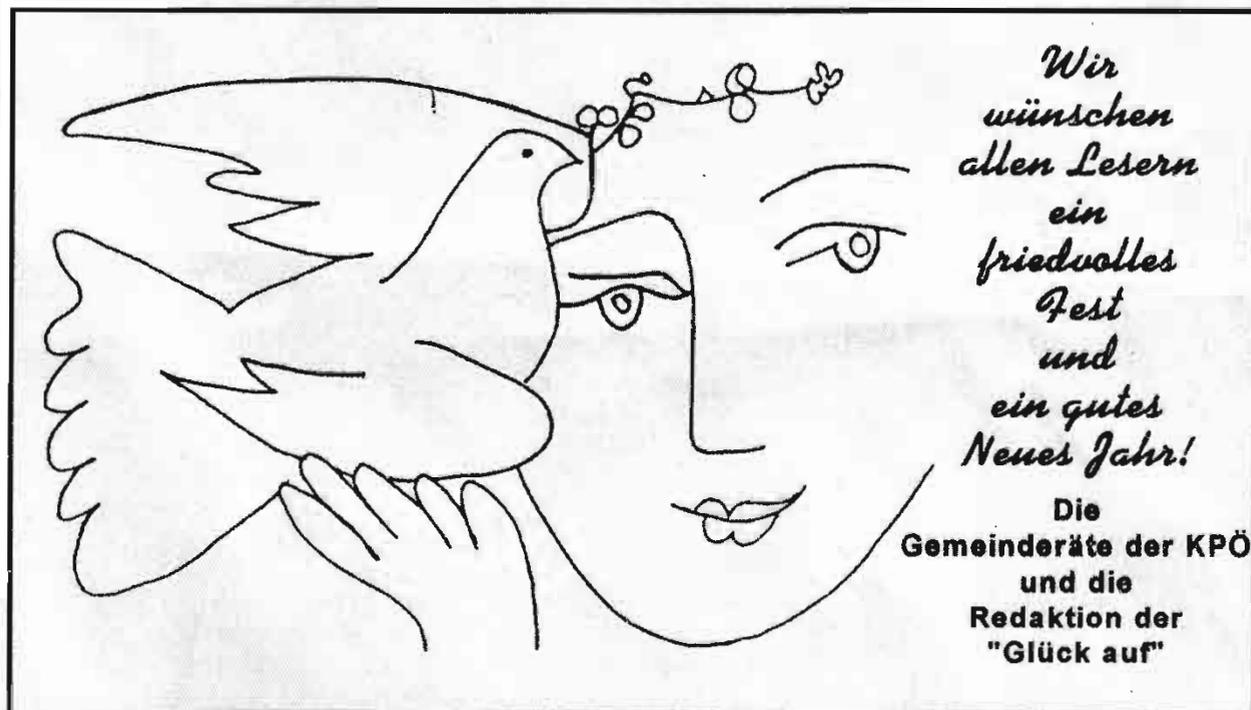
Nummer 60
Dezember
1996

GLÜCK-AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Aus für Bergarbeiterversicherung?

Seite 3



*Wir
wünschen
allen Lesern
ein
friedvolles
Fest
und
ein gutes
Neues Jahr!*

Die
Gemeinderäte der KPÖ
und die
Redaktion der
"Glück auf"

**Bauhof neu:
Investitions-
ruine?**

**Pensionen 97:
Nicht
erhöht!**

**Haiders
"Neue
Kleider"**

**Katastrophen-
hilfe:
Kuba**

Ja zum Schilling. **Nein** zum Euro

Nummer 62
Juli
1997

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Aichfeld-Kommunal AG:

Dichtung und Wahrheit

Seite 2/3

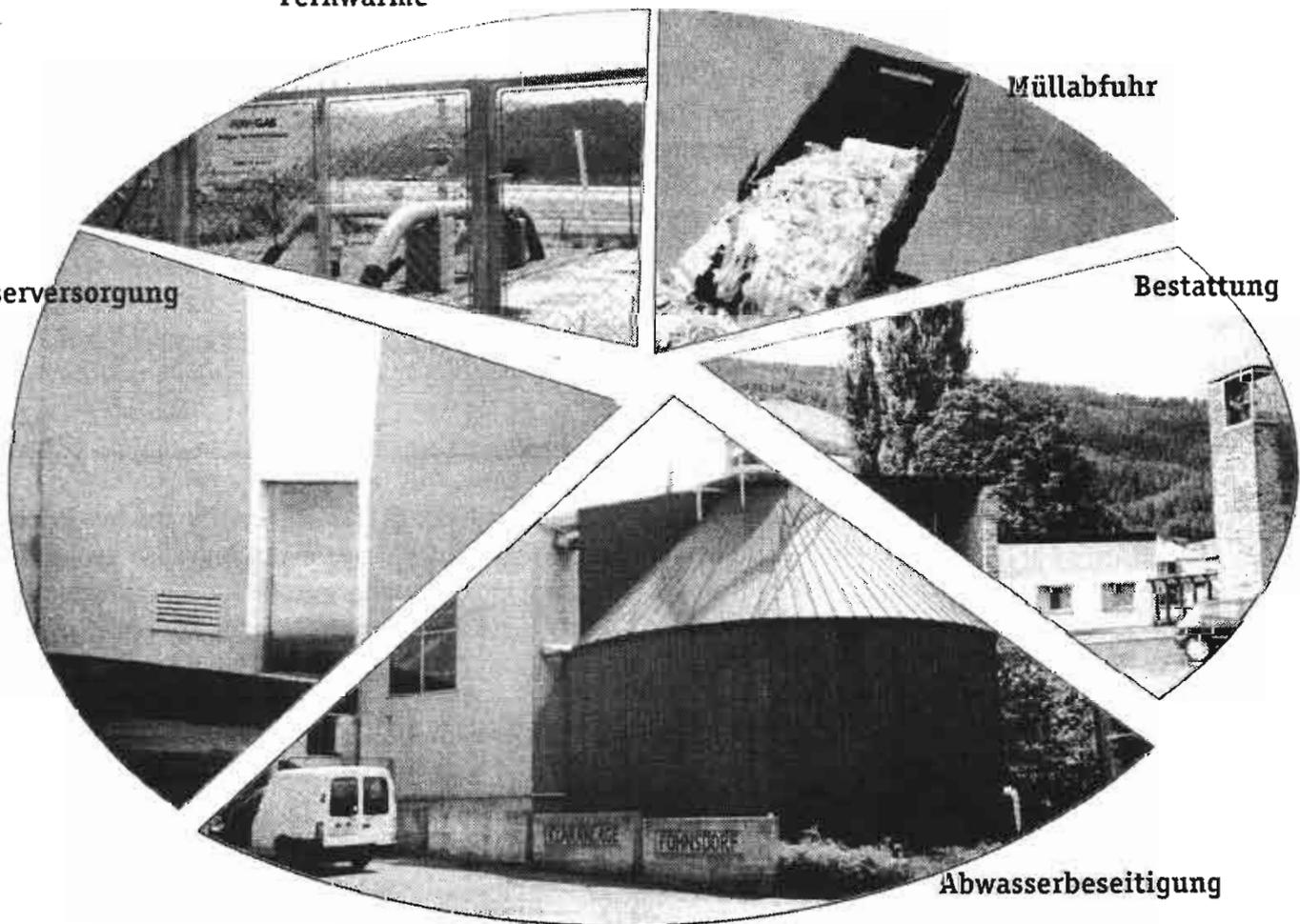
Fernwärme

Müllabfuhr

Wasserversorgung

Bestattung

Abwasserbeseitigung



Flugtag in
Zeltweg

„Resti“:
Neues Gewand

Ferien
mit Kinder-
land

„Melkkuh“:
Pensionisten

Siemens Fohnsdorf: **AUS** bis Jahresende?

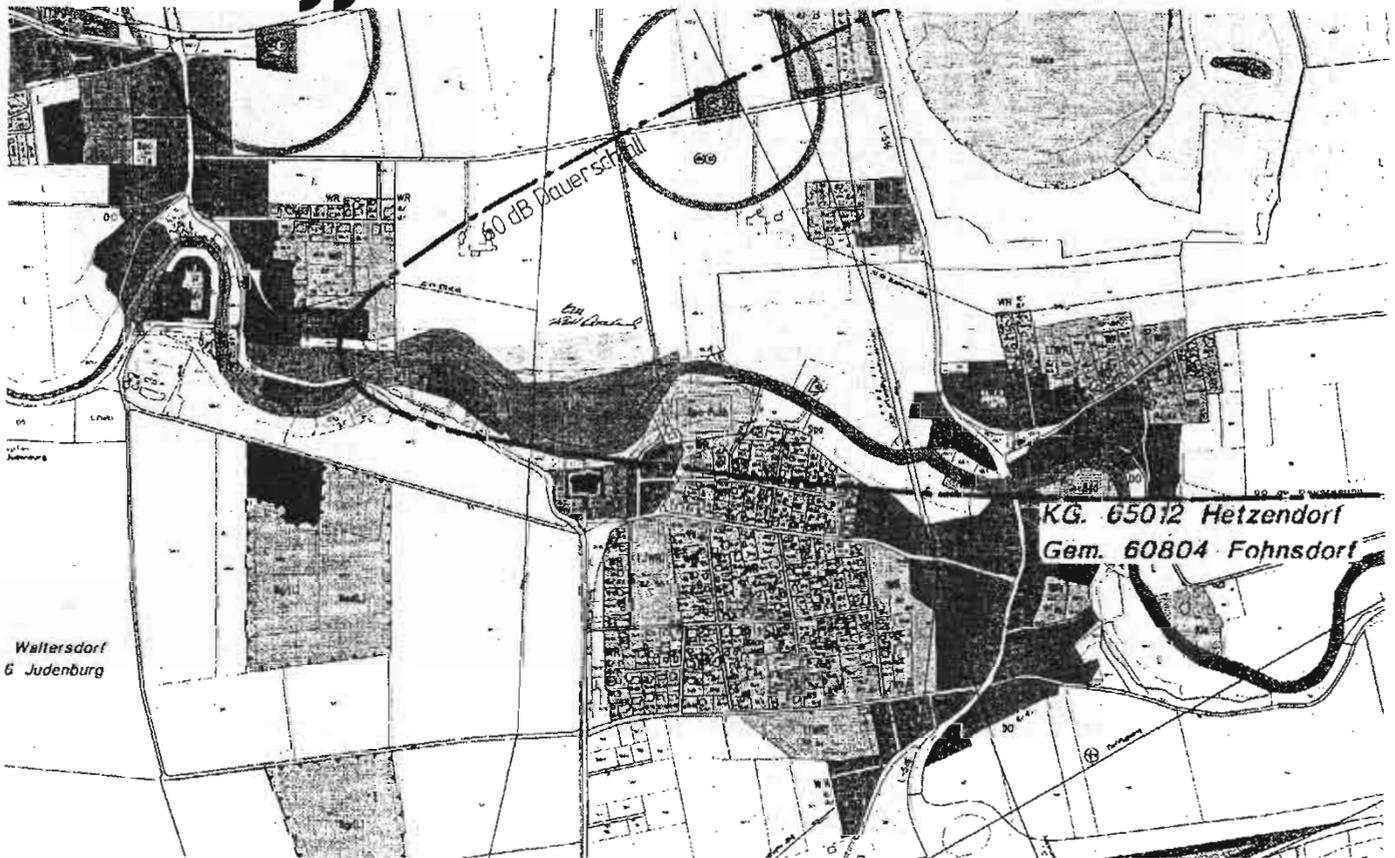
Nummer 63

September
1997

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Änderung des Flächenwidmungsplanes: **Jetzt geht's um „Haus und Hof“**



„Geht man fair vor - und ich nehme an, daß doch bei solchen Planungen ein anderes Vorgehen nicht in Frage kommt - dann gibt es beim drastischen Durchbrechen der bestehenden Raumplanung bzw. Widmungssituationen doch nur zwei Schlußfolgerungen:

Entweder restlose Entschädigung der Betroffenen mit dem Ziel einer adäquaten Übersiedlung in günstigere Regionen oder Änderung, bzw. Aufgabe der geplanten Start- und Landeverfahren“

(Zitat aus dem Gutachten aus dem Jahre 1987 des damaligen Landeshygienikers Univ.-Prof. Dr.med. Joef R. Möse; Auftraggeber: der damalige Umweltlandesrat Josef Riegler)

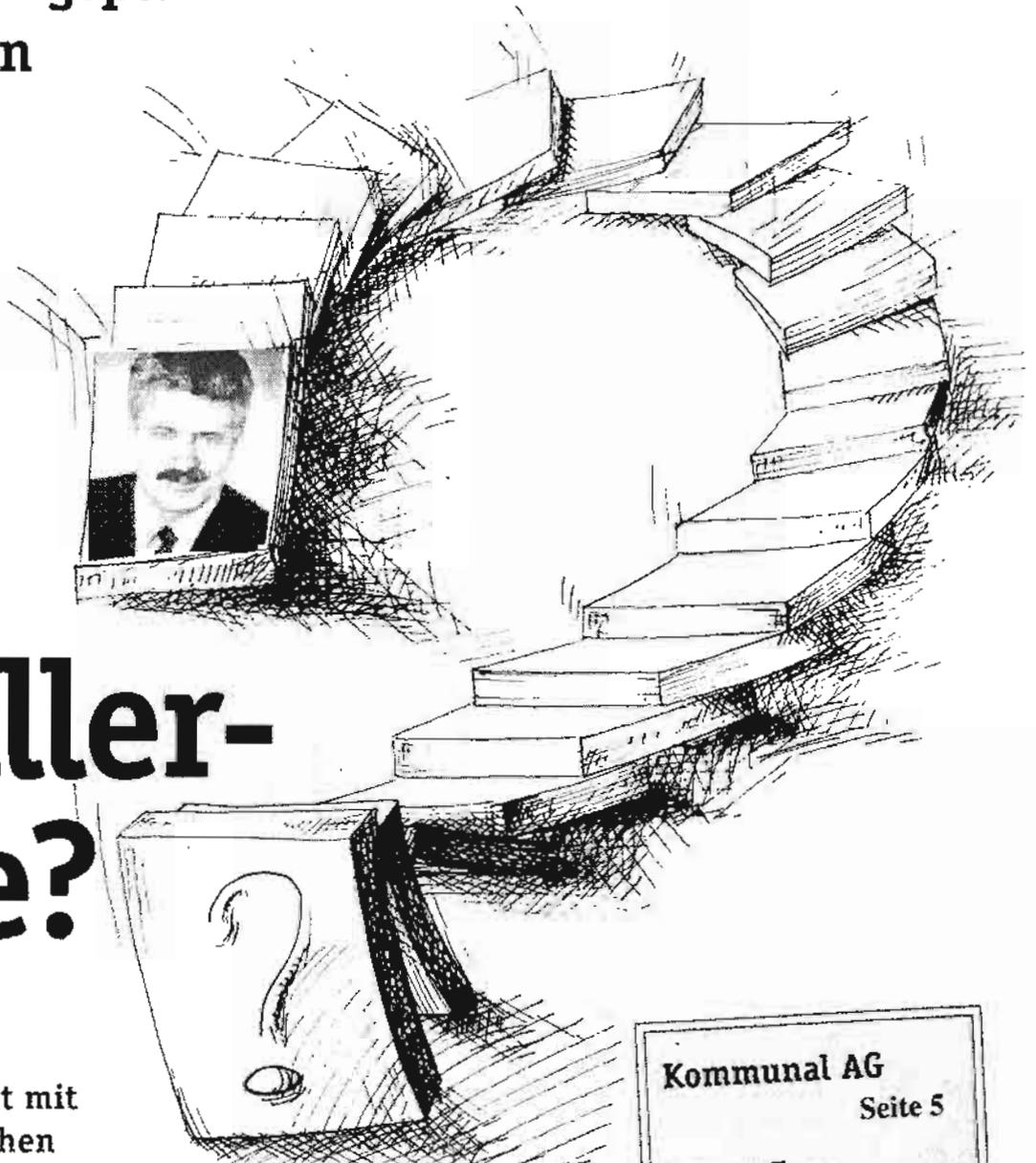
Nummer 64

Dezember
1997

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Flächenwidmungsplan -
Wider besseren
Wissens:



Eine Umfaller- partie?

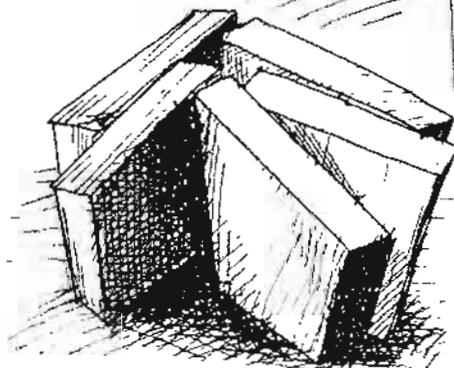
Ein historischer Akt:
Jeder Gemeinderat stellt mit
seiner Stimme die Weichen
für die Zukunft des Bauens
und Wohnens in Fohnsdorf.

Kommunal AG
Seite 5

Neuaufgabe
Murwald-
Deponie? Seite 2

Sind Nord- & Südspange
notwendig? Seite 7

17 Millionen Deal Seite 4



Nummer 65

Februar
1998

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Es stimmt: Grüne, KPÖ, FPÖ, Plattform und ÖVP-GR Stocker haben das Örtliche Entwicklungskonzept und den Flächenwidmungsplan in der Gemeinderatssitzung vom 23.1.1998

ABGELEHNT

Hätten wir zugestimmt,

- wäre eine **Murwald-Mülldeponie-Neuauf-ge** durch Ausweisen als Altlastenverdachtsfläche ermöglicht worden.
- könnte eine **Schleifscheiben-Verbrennung** durch Widmung in ein Industriegebiet II * wieder aufleben.
- würde ein **großräumiges Industriegebiet II*** in Aichdorf entstehen.
- wäre ein **Industriegebiet II*** direkt neben dem **Wohnpark West** vorgesehen.

*(Industrie- und Gewerbegebiet II ermöglicht Betriebe und Anlagen zur Behandlung von Sondermüll jeder Art!)



Wir sind für Betriebsansiedlungen und Arbeitsplätze für jedermann.
Leider hat auch die Firma Siemens ihre Pforten geschlossen.
Es wäre an der Zeit, die damaligen Förderungen zurückzuverlangen und die Betriebsgründe neu zu vermieten, damit sie nicht zu Spekulationsobjekten der Fa. Siemens werden. Auch wenn mit Müll viel Geld zu schefeln wäre, wollen wir nicht zum zweiten steirischen Frohnleiten werden.
Der Drakenlärm reicht uns!

Therme wieder
aktuell Seite 7

Pensionserhöhung?
Seite 7

EGAM sucht
Mieter Seite 6

Kindermasken-
ball 1998 Seite 8

ZulNr. 82399G85U

Nummer 66

April/Mai 1998

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Lehrplatzsituation im Bezirk Judenburg nach wie vor problematisch: Poker auf Kosten der Jugend

Eine Einigung über die Fortführung der ehemaligen Siemens-Lehrwerkstätte, in der immerhin beinahe 40 Jugendliche ausgebildet werden ist noch immer nicht in Sicht.

Die Gemeinderäte der Gemeinden Fohnsdorf und Judenburg haben Resolutionen beschlossen, um die Verwirklichung dieses Projektes zu unterstützen.

Der Grund des Streits ist das liebe Geld - wegen der von der Wirtschaftskammer behaupteten hohen Kosten will Wirtschaftsminister Farnleitner die Genehmigung nicht erteilen.

Die KPÖ-Gemeinderäte von Fohnsdorf und Judenburg ersuchten den Minister, die Landtagsabgeordneten Korp und Peinhaupt, Nationalratsabg. Gradwohl und Bundesrat Rieser Ende März um eine Stellungnahme. Bis heute traf nur eine Antwort von LABg. Korp ein. In dieser bekräftigte er die Bedeutung dieser Ausbildungsstätte, da dzt. kein obersteirischer Gewerbebetrieb z.B. einen Kommunikationstechniker für Datentechnik ausbilden könne. Da unsere Region auf ausgezeichnete Facharbeiter angewiesensei, setze er sich schon seit Jahren für diese Einrichtung ein und er ersuchte uns um unsere Unterstützung in diesem Bestreben.



Noch 1992 vielversprechende Hoffnungen anlässlich der 850-Jahr-Feier von Fohnsdorf

Lehrlingsausbildungszentrum - die Chance!

Mit der Zerschlagung der Verstaatlichten wurden auch die Lehrwerkstätten der Voest-Alpine und des ehemaligen Gußstahlwerkes geschlossen. Hier wurden einst hunderte Lehrlinge ausgebildet.

Die KPÖ macht den Vorschlag, ein Lehrlingsausbildungszentrum des Bezirkes Judenburg unter nachstehenden Bedingungen zu errichten:

- **Finanzierung durch die Wirtschaft** - d.h. ein Ausbildungsfonds, in den Unternehmer, die keine Lehrlinge ausbilden, einen bestimmten Betrag einzahlen.
- **Förderungen durch Bund, Land und Gemeinden**, die sich ebenfalls an einem solchen Ausbildungsfonds zu beteiligen hätten,

Standort könnte die ehemalige Lehrwerkstätte der Voest-Alpine in Zeltweg mit ihrer noch immer intakten Infrastruktur sein.

Die Ausbildung müßte in zukunftsorientierten Berufen erfolgen. Informationen dazu gibt es bei der Arbeiterkammer und beim ÖGB.

Privatisierung von Gemeindebetrieben durch die Hintertür Seite 2

Flächenwidmungsplan - Endspurt Seite 3

Kinderferien mit Pfiff!
Am Turnersee, in Ungarn oder in St. Radegund bei Graz

Nummer 67

Juli 1998

Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Flächenwidmungsplan: Einsatz der Bürger zeigt Wirkung!

Wer kämpft, kann verlieren...

Seite 3



Wann werden wohl die Südsee-Thermen-Träume wahr?

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Urlaub!

Die KPÖ-Gemeinderäte Günther Drobesh, Dr. Birgit Kampl
und die Redaktion der „Glück auf“

Gerangel um den
Zeltweger
Weichenbau

Seite 2.

Gesetzwidrige
Betriebskosten-
Nachforderungen

Seite 4

Verlieren
Gemeindearbeitsplätze
an Bedeutung?

Seite 5

KPÖ-
Lehrlingskonzept:
Chance für Region

Seite 6

Nummer 69

November
1998

Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Revision Flächenwidmungsplan: Nächste Runde eingeläutet ...

Seite 4 und 5

Müllentsorgungsanlage Gasselsdorf:

Der Kampf um den täglichen Müll

Sie trägt den Namen Bezirksmülldeponie eigentlich zu unrecht. Denn anstatt den Müll des Bezirkes zu **entsorgen, versorgt** sie sich mit dem Mehrfachen unseres eigenen Müllaufkommens.

Die derzeitigen Betreiber, die Stadtwerke Judenburg unter ihrem Geschäftsführer Mag. Wehr füllen die Deponie mit wohlwollender Zustimmung des Judenburger Bürgermeisters Schlacher mit **ZIG-TAUSENDEN TONNEN PROBLEMMÜLL** an. Man könnte die kostbare Deponie besser und sparsamer nutzen.

Die Müllversorger von Gasselsdorf: Seite 2 und 3



Fohnsdorfer
Klär Schlamm:
Außerst
bedenklich

Seite 3

Arbeiterheim:
Ein Faß
ohne Boden?

Seite 3

Freunderl-
Wirtschaft?!

Seite 8

Radweg nach
Aichdorf:
Erst eine
halbe Sache!

Seite 5

Nummer 70

Februar
1999

Zulnr. 82399G85U

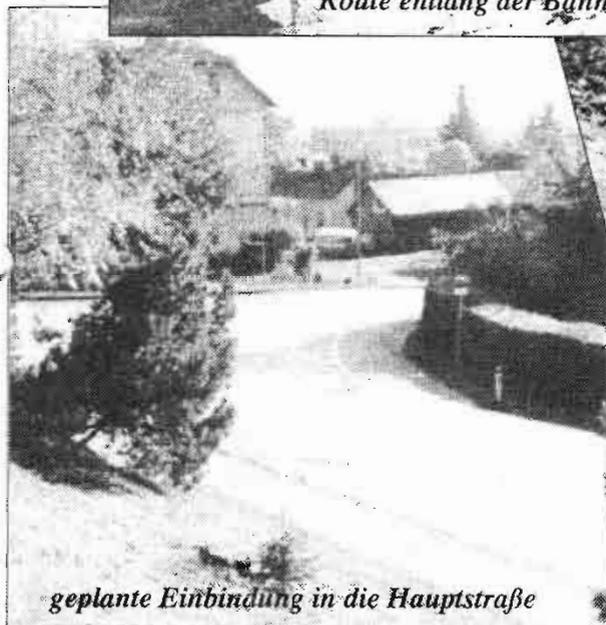
GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Leser fragen kritisch an: Wem nutzt die Südspange?



Route entlang der Bahnlinie



geplante Einbindung in die Hauptstraße

vorgesehene Trasse entlang von Volksschule, HBLA und Hallenbad

In den letzten Wochen erreichten uns eine Reihe von Meinungen aus der Bevölkerung, die wir auf Seite 3 zusammenfassen.

**Neuer
Deponievertrag:
Erwartungen
nicht erfüllt!**
Seite 2

**22 Millionen
versickert?**
Seite 5

**Sieben Nachkriegs-
Bürgermeister**
Seite 6

Nummer 71

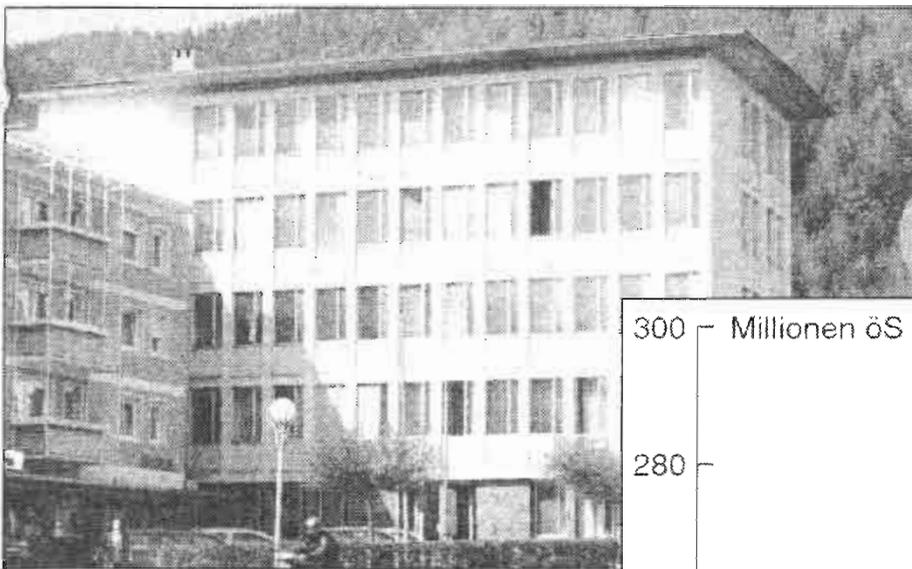
April
1999

Zu/Nr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

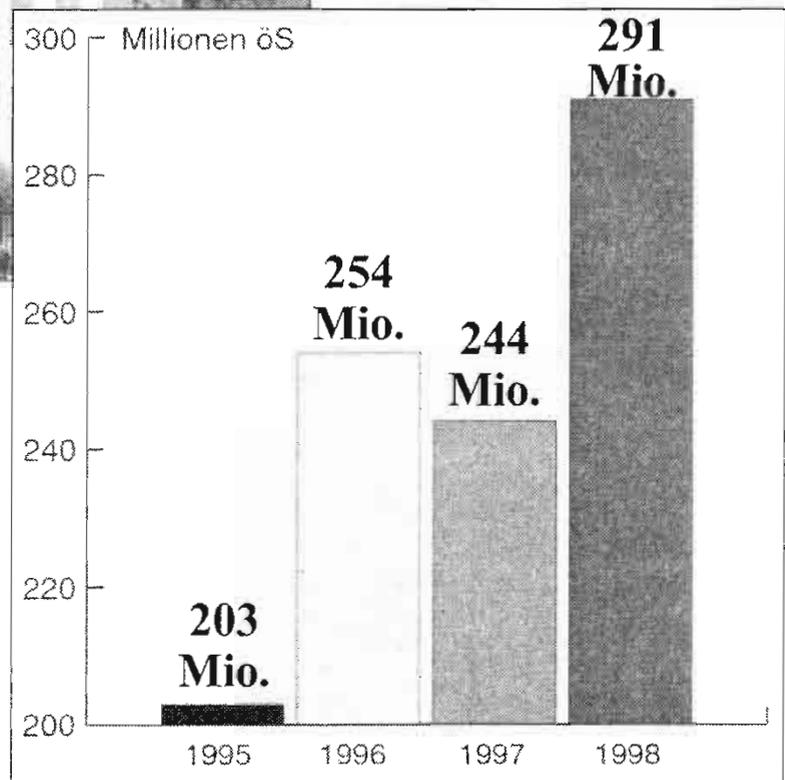
Schulden explosionsartig gewachsen Trendumkehr notwendig!



Aus dem Inhalt:

- Altenheim
- Ärztezentrum
- Rechnungsabschluß
- Bürgerservice
- Volksschule

Bei sinkender Zahl der Fohnsdorfer Bevölkerung und dem anhaltenden Verlust von Arbeitsplätzen in der Gemeinde ist ein drastisches Anwachsen des Schuldenberges wohl Grund zur Sorge: Wer wird den Schuldenberg abtragen?



Diskussions-
veranstaltung

14. April

NATO-Stützpunkte

Seite 8

Festveranstaltung

1. Mai

Holger Schober
liest Erich Kästner

Seite 5

Leserreise
zum „Kaiser-
mühlenblues“

10. Mai

Seite 4

Nummer 72

Juni
1999

ZulNr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Bomben bringen keinen Frieden

Wenn Sie einmal ganz ehrlich zu sich selbst sind...

Dann müssen Sie doch zugeben, daß Sie sich nicht vorstellen können, eines Morgens aufzuwachen, weil Uniformierte Sie aus dem Schlaf reißen und Ihnen unter Androhung der Erschießung befehlen, innerhalb von wenigen Minuten ihr Haus zu verlassen, weil Sie zum Volk der Steirer gehören.

Genau so wenig ist es Ihnen wahrscheinlich möglich, sich auszumalen, daß der Flughafen und die Industriebetriebe im Aichfeld plötzlich von Bomben eines fremden Militärbündnisses getroffen und in Schutt und Asche gelegt werden.

Oder daß Sie im Spital in Judenburg liegen, weil ihr Blind-

darm operiert wurde und plötzlich sind sie tot, weil ein Volltreffer eingeschlagen hat. Strom gibt es auch seit Tagen keinen, die Kinder sind zu Hause, weil die Schule vorübergehend geschlossen wurde, und den Besuch bei Ihrer Schwester in Vorarlberg können sie auch bis auf weiteres vergessen, denn mit 10

Liter Benzin pro Woche kommen sie nicht sehr weit.

Das alles ist aber heute in Serbien oder Restjugoslawien tägliche Realität.

*Fortsetzung
umseitig*

*So sah
Knittelfeld
1945 nach
der Bombardierung aus.*



**Ärtezentrum:
Medizinische
Versorgung ist
Anliegen der KPÖ**

Seite 3

**EU Wahl
13. Juni
Liste 7 wählen!**

Seite 4

**Leserumfrage
Bemerkenswerte
Reaktionen**

Seite 2

Nummer 73

*September
1999*

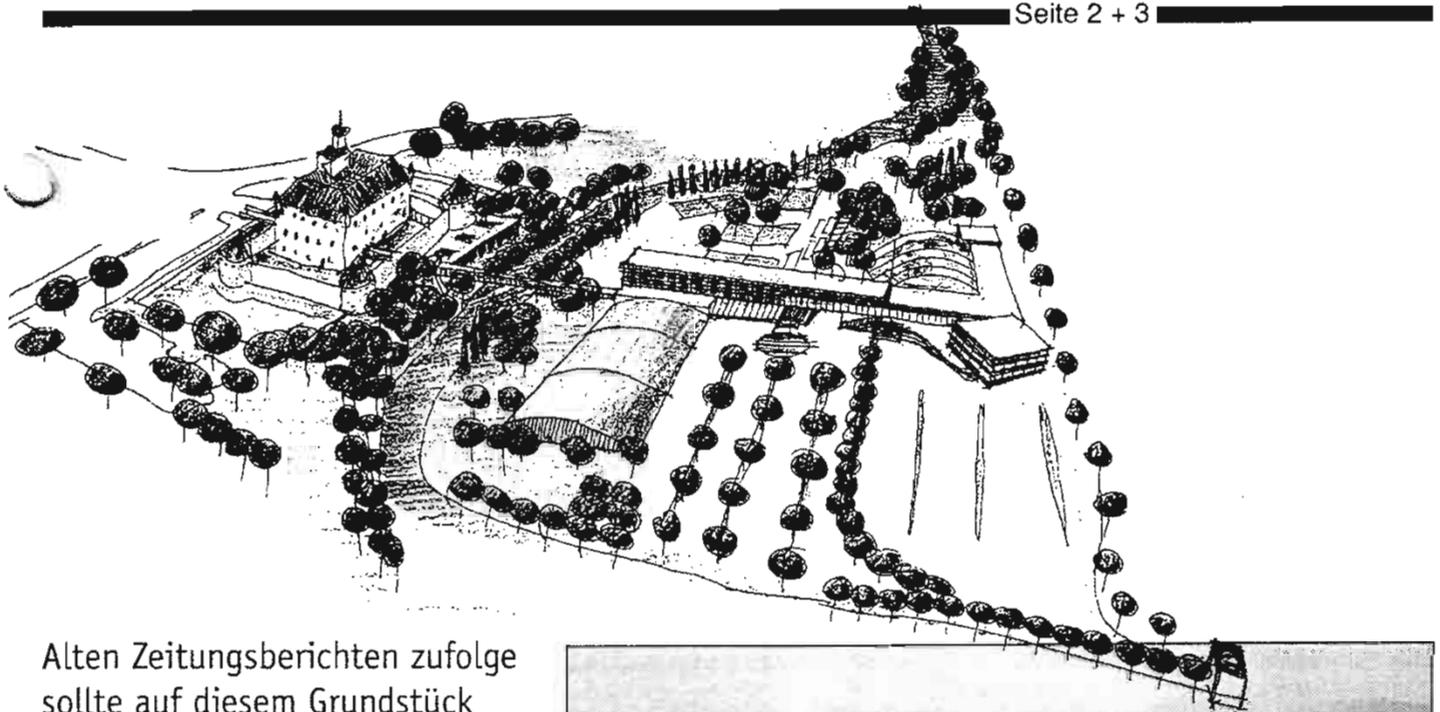
Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

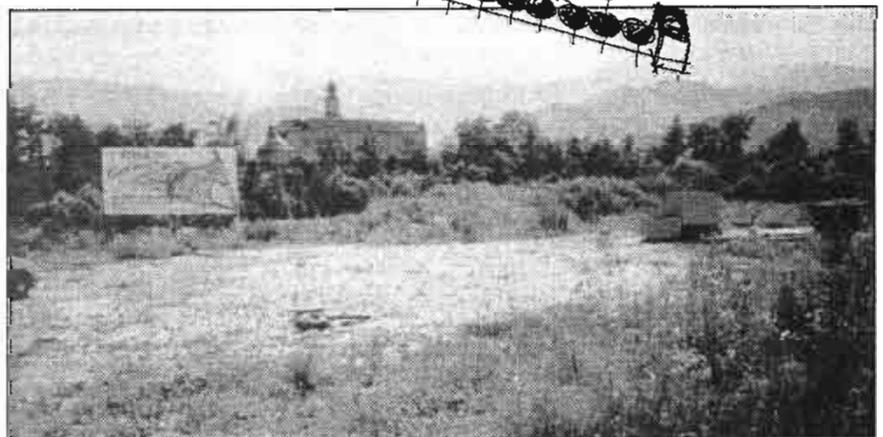
Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

Fohnsdorf braucht die Therme

Seite 2 + 3



Alten Zeitungsberichten zufolge sollte auf diesem Grundstück schon im Jahre 1997 der Raubeginn für die „Therme Gabelhofen“ erfolgen. Für 1999 oder 2000 war die Eröffnung geplant. Die Zeit drängt. Für uns Fohnsdorfer wird die Verwirklichung dieses „Traumes“ immer mehr eine Notwendigkeit.



**Gewerkschaft
contra
MAGNA-Boss
Stronach**

Seite 7

**Ärztehaus
Volksschule Neubau
Finanzierung +
Vergabe rechtens?**

Seite 4

**3. Oktober
für soziale Gerechtigkeit**



KPÖ

Seite 8